





Die Reichsregierung schlug allgemein zwar nur einen Aufwertungssatz von 8 Prozent vor. Aber nicht dieser Satz war das wesentliche, sondern die Ausnahmen, die von diesem Satz gemacht werden sollten. So sollten die Renten aus Liegenschaften mit 25 Prozent aufgewertet werden. Darüber hinaus verlangte die Reichsregierung eine noch höhere Aufwertung für solche Renten, die zur Unterhaltung historisch-wertvoller Anlagen dienen. Die Unterhaltung historischer Renten sollte ein noch einzeln zu bestimmendes Maß sein. Freuen war genügt, sich der Tendenz dieses Gebotensanges anzuschließen, wollte jedoch eine feste Grenze und eine Befristung dahingehend festsetzen, daß diese Renten ausschließlich zur Unterhaltung der in Frage stehenden Baukäuflichkeiten dienen sollten.

Eine noch höhere Aufwertung verlangte Reichsjustizminister Freytag für die sogenannten Unterhaltsbeiträge, b. h. diejenigen Renten, die zum Unterhalt einzelnen Mitglieder der fürstlichen Familien dienen. Auf diese Weise sollten weitere Renten für die Ausgaben erlangt werden. Diefem Bemühen hat die preussische Regierung auf das Entschiedenste widerstanden, da nach ihrer Auffassung der Sinn des Gesetzes geradezu widerstrebt werden würde, wenn auf diese Weise alle möglichen Ansprüche eine Befristung finden würden, Ansprüche, die das Gesetz gerade befähigen will. Preußen will diese Ansprüche beschränken auf Pensionsverpflichtungen, wodurch eine Reihe von den Fürsten abhängiger Personen ihre Pensionen erhalten sollten. In diesem Falle würde die preussische Regierung einer erhöhten Aufwertung um weitere 15 Prozent zustimmen.

Nachdem die Reichsregierung nun selbständig einen Gesekentwurf geschaffen hat, sind von Preußen neue Verhandlungen vorgeschlagen worden. Die Reichsregierung hat aber geantwortet, daß sie sich den von Preußen vorgeschlagenen Veränderungen nicht anschließen könne und die Vorlage deshalb im wesentlichen unverändert den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten werde.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erfährt, müssen in diesem Zusammenhang aber auch die Rentenansprüche geregelt werden, die rein formal noch einige deutsche Länder gegenüber Preußen geltend machen können. Es handelt sich dabei um eine Rente des Landes Lippe-Deimold für Abtretung der mitlandesherrlichen Rente über die Stadt Lippsahl, die sogenannte „Lippstädter Rente“. Es kommt weiter in Frage eine Rente des Landes Thüringen als Rechtsnachfolger des Großherzogtums Weimar für Aufhebung des „Geleits in Erfurt und Gotha“, einer Staatsgewalt, bestehend in dem Recht Weimars, den Reisenden und Warentransporten auf den Geleitsstraßen gegen Erhebung von Abgaben Sicherheit zu gewähren, das sogenannte „Weimarer Geleit“.

Als dritte Rente kommt in Frage eine Rente des Landes Oldenburg als Beitrag für die Unterhaltungskosten der Kirchen, Schulen und Armenanstalten in Estlin. Diese Rente, das sogenannte „Gottorper Legat“, fußt auf dem Testament des Bischofs von Lübeck aus dem Jahre 1645.

Schließlich beziehen noch 40 Dorf- und Stadtgemeinden Renten für Aufhebung des Rechts auf Erhebung von Fluß- und Brückengeldern, Schleusenabgaben und Stapelgelder, Pfälzer, Teer- und Wegegelede, sowie für Aufhebung gewerblicher Zwangs- und Bannrechte.

Außer diesen Renten, die aus dem Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung zu zahlen sind, sind aus Mitteln des Preussischen Haushaltes, insbesondere im Geschäftsbereich der Minister für Volkswohlfahrt, Wissenschaft, Landwirtschaft und des Innern noch zahlreiche andere Renten ähnlicher Art zu zahlen, deren Gesamtbetrag sich auf rund 5 Millionen Papiermark jährlich beläuft.

## Der Wirwar der Bündnisse.

Von Dr. Fritz Sellermann.

Das „Gleichgewicht der Kräfte“, dessen eiferfüchtige Kontrolle — damit es nicht allzuweit geföhrt, aber auch nicht allzu vollkommen hergestellt werde — in der Vorkriegszeit eine oberste Aufgabe hoher und geheimer Diplomatie war, wollte

## Der Emir von Afghanistan in Deutschland.

Wie er König wurde.

Von Emir Abdulkadir.

Emir Aman Allah Chan, der König von Afghanistan, ist auf einer Europareise begriffen, und er wird dabei auch Deutschland besuchen. Das Fremdeamt ist bekanntlich immer und der Besuch des afghanischen Botschafters hat auch bei uns bereits lebhaftes Interesse erweckt. Ebenso interessant, wie dieser Herrscher ist auch die Geschichte, wie er Herrscher wurde. Emir Abdulkadir, der mit mehreren deutschen Kriegsjahren in den Kriegsjahren Gast des Emirs war, hat darüber ein lebenswertes Buch geschrieben „Im gottgegebenen Afghanistan“ (Verlag: F. V. Brockhaus). In diesem Buch wird auch die Geschichte erzählt, wie Aman Allah Chan König wurde. Sie lautet folgendermaßen:

In der Nacht vom 20. zum 21. Februar 1919 wurde der Vater Aman Allah Chans, der Emir Sahib Allah Chan in der Nähe seines Winterquartiers Dschelalabad ermordet. Wenn man von den wilden Gerüchten und Scherzreden über den Tod des Emirs abläßt, was auf spontane Erregung zurückzuführen und was zur Stimmungsmache durch in Unruhe gesetzt war, so bleiben nicht allzuviel eingemengte feststehende Einzelheiten übrig. Der Emir hatte sich in Kaghman bei Dschelalabad, wo er auf einem Jagdausflug war, nach seiner Gewohnheit ziemlich früh zu Bett begeben. Da entstand in den ersten Morgenstunden, was bekanntlich der Mensch nicht nur am liebsten liebt, sondern auch die Wachen am leichtesten der natürlichen Verleitung des Schlafes folgen, ein lauter Aufschrei. Kaum gab es einen Aufschrei, kaum konnte der Herrscher zur Besinnung gekommen sein, da trafen aus schon die tödlichen Schüsse. Als die Wachen aufgeschreckt an Ort und Stelle erschienen, war bereits der Kriegsminister, der Spähschatz Abdulkadir Chan, zur Stelle, übernahm die Wachen, dem Geschehen und schritt sofort gegen die Wache ein. Bestigter Kräfte setzte es nach allen Seiten. In der Erregung und in dem Gemütsdruck dachte niemand daran, als erstes die Verfolgung der Mörder anzunehmen. Sofort wandte sich auch Abdulkadir Chan an den diensttuenden Kommandanten des Militärsamendens in

und will der Völkerverbund dadurch aus einem Schlagwort zu einer weltbegleitenden Tatsache umgewandelt, daß er die Kräfte der Staaten sammelt und die Völker in ein einträgliches Reich von der Mäßigkeit gemeinsamen Bandens überzeugt, daß sie ihre Kräfte nie mehr im Ziehen nach verschiedenen Richtungen erproben sollen, sondern nur noch im gemeinsamen, gemeinten Wirken für den friedlichen Fortschritt der Welt ihr Ziel erkennen. Er will an die Stelle der sich notwendig gegeneinander zuspührenden Einzelbündnisse und Sondergruppen die Einheitsfront, eben den Völkerverbund schlechthin setzen. Die Bestürmer dieser Ideale bekennen freilich selbst, daß bis zu ihrer Erfüllung ein weiter Weg zurückgelegt werden muß, der geruame Zeit beanspruchen wird. Man möchte nicht an dem guten Glauben derer rütteln, die das Heil der Zukunft in dem Völkerverbund sehen, und es ist ganz unbedenklich, der Genfer Einrichtung eine Reihe segensreicher und nützlicher Wirksamkeiten abzutreten zu wollen, auf die sie mit Recht stolz ist. Was aber ihr eigentliches, lehrtes und höchstes Ziel angeht, so ist die Frage nicht nur berechtigt, sie ist zwingend: Sieht der Völkerverbund auch nur Anlässe zur Verwirklichung dieses Ideals? Sieht er nicht im Gegenteil allerorts Bestrebungen, die diesem Ideal direkt entgegenwirken, die nicht nur dieses Ziel als nebelhaft ferne Hoffnung erscheinen lassen, sondern die darüber hinaus einen Ausblick auf die nahe Zukunft eröffnen, der zu ernstlichen Besorgnissen drängt?

Das Streben nach Sonderbündnissen, deren zwangsläufig politische Gegensätze verschärfen und Reibungen erzeugende Wirkung aus der Vergangenheit nur zu bekannt ist, werden kein Maß und Tag von einer ganzen Reihe von Staaten angekreht, in der klaren Erkenntnis, daß ihre Position irgendeiner Bedrohung ausgesetzt ist, und es ist kennzeichnend für die Einseitigkeit, mit der man unter dem Vorwand der Abkehrung von den Zielen des Völkerverbundes dieses Bestreben verfolgt, daß sie neuerdings versuchen, bis über das Weltmeer zu greifen. Der französische Plan, die Vereinigten Staaten von Amerika in einem einseitigen Freundschaftsvertrag auf den besonderen Schutz Frankreichs festzulegen, ist zwar an der fähigen Ueberlegenheit gescheitert, mit der die amerikanische Regierung die französischen Vorstöße in der Richtung auf einen möglichst allgemeinen Weltfrieden abgelehnt hat. Wenn es auch verständlich ist, daß der diplomatische Mißerfolg in Frankreich nicht gerade bejauhelt wird, so zeigt doch die Art, wie die amerikanischen Antworten und Gegenvorstöße von der französischen, aber auch von der englischen Öffentlichkeit aufgenommen worden, daß man weder in Paris noch in London zurzeit große Sympathie für den Gedanken eines weit gespannten Paktes hat, sondern seine Vorteile in engeren Bündnissen sieht und sucht.

In diesen Bündnisbestrebungen kommen weniger die Wünsche der Staaten nach Ausdehnung zu friedlichen Zwecken als vielmehr die Bestrebungen zum Ausdruck, sich Gefahren gegenüber einem möglichst harten Schlag zu sichern. Diese Gefahren aber treten in den Spannungen zwischen den Staaten, die im Kriege gegen Deutschland alliiert waren, heute mit einer Schärfe zu Tage, wie man sie vorher lange nicht gekannt hat. Schien es, als ob das gemeinsame Ziel der Niederwerfung Deutschlands jene Länder geeint hätte, so zeigt sich heute, daß eine kurze Reihe von Jahren genügt hat, die Reibungsflächen zwischen ihnen, die vor dem Weltkriege zum Teil so gut wie abgeschliffen, zum Teil in einem Prozeß des Ausgleichs begriffen waren, erneut mit aller, ja mit vermehrter Schärfe zu Tage treten zu lassen. Ein kurzer Blick über die europäische Konstellation genügt, um das zu erkennen, und gerade eine Reihe von Ereignissen aus allerletzter Zeit beweist, bis zu welcher Spannung sich die Gegensätze zu entwickeln vermögen. Führend ist auch diesmal wieder der europäische Südpol, wo gerade neuerdings der Konflikt zwischen Ungarn und der kleinen Entente ein Schlaglicht auf die völlig ungelösten und bedrohlichen Verhältnisse geworfen hat, das italienisch-jugoslawische Verhältnis ist alles weitere als befriedigend, und es bleibt sehr abzuwarten, welches Ergebnis die offenbar auf Duld und dritter Seite eingeleitete italienische Verhandlungssession haben wird; Rumänien und Polen stehen in unverhülltem Gegensatz zu Rußland, der polnisch-litauische Konflikt bildet weiter nördlich einen Gegenstreifen, der unter fortwährender Kontrolle gehalten werden muß. Nicht minder gespannt sind die Verhältnisse im Westen; Frankreich und Italien stehen mitten in einem Ringen, das einseitigen unter der Decke vor sich geht, in dem aber Italien in

einer Weise aggressiv ist, daß mit der Gefahr eines Ausbruchs mindestens diplomatischer Konflikte auch nach außen hin Reibungen werden müssen, und zwischen Frankreich und England Reibungsstoffe gegeben, die zwar im Augenblick nicht sind, aber die Politik beider Staaten aus in ihren Sinn behebend beeinflussen. Nimmt man noch den des englisch-russischen Konflikts hinzu, so rückt sich das allgemeine politische Lage Europas in wenig erfreulicher Weise. Bild darf aber an den Grenzen dieses halben Kontinents halt machen, und wenn er auch hier eine landsmäßige, Alten, überhau, so nicht er auch hier eine Reihe von Gesichtspunkten. Worauf diese internationalen Reibungen hinauslaufen, was beweist am besten die Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und England, sich nach dem Scheitern der Genfer Friedensabhandlungen zu einem Betrüben in schärferer Form entwickelt ist.

Auch wenn man aus keiner dieser Vermutungen im Hinblick eine akute Gefahr von Konflikten herabwälzen will, dürfte bereits, so zeigt doch die Tendenz, die gegenwärtig die Gestaltung der internationalen Verhältnisse darstellt, daß im Gegensatz zu den Zielen des Völkerverbundes eine Entwidlung im Fluße ist, so rückt man wie die der Kriegszeit durch Bündnisgruppen und ihrer Koalition der Frieden bedroht. Die Gefahr, die das Jahr 1914 gebracht und die so teuer bezahlt worden ist, sollte rechtzeitig das Licht geben, ehe es zu spät ist.

## Von Deutschlands Zukunft.

Von Friedrich Panzer, Abteilungsleiter, A. D.

Auf lange Zeit hinaus wird Deutschlands Zukunft nicht heißen: Arbeit und wieder Arbeit. Jeder Kampf um Arbeit in letzter Linie auch unter dem Gesichtspunkt der fatalen Störung dieser Arbeit betrachtet werden zu müssen ist.

Ich denke dabei nicht an Feldzüge und Schlachten. Ein Krieg von heute wäre in ganz anderem Sinne, als bisher ein Kampf um Leben und Tod der Kampf um materielle Ziele. Was wir brauchen, ist kein Krieg, sondern eine friedliche Ringen, bis wir wieder als gleichberechtigte Nationen unsern Platz unter den Völkern der Erde genommen haben werden. Heute sieht man sehr wohl, daß dazu keinen Krieg braucht.

Aber Kämpfe anderer Art werden uns nicht ersparen. Zwar brauchen wir uns vor einem Bürgerkrieg gewaltsame Wiederherstellung der Monarchie nicht mehr zu fürchten. Auch das Spiel mit dem Gedanken einer Militärdiktatur hat endgültig aufgehört.

Trotzdem fehlt es innerlich der deutschen Nation nicht an Gefahren von rechts und links. Die Kommunisten die offen und direkt auf ihr Ziel losgehen, die Herden Proletariat über die ihnen aufzurichten, eine Zeit in der ihre Bestrebungen nicht auszuführen können. Das war unmittelbar nach dem Zusammenbruch des alten Regiments, als klar zu Tage lag, daß die heilige Ordnung der Dinge nicht die richtige gewesen und als Ungehörigkeit in der Vergangenheit das derhergen möglichst unmaßliche Regierungsformen die halb für das beste zu halten geneigt waren. Das Volk hat sich wieder geföhrt und die Bewegung hat zwar nicht an Ausdehnung, wohl aber an innerer Verloren. Volk haben die Kommunisten noch die schärfste, mit hochwissenschaftlicher Unterfertigung und unerschütterlicher Leistung durch ihre Unfähigkeit und dem Volk glauben nicht mehr kritisch an ihre Sache, Verhältnisse festigen sich innerlich und äußerlich, sie geripfeln durch endlose Streitereien unter sich eigene Kraft, und der Termin scheint absehbar, in den Veränderungen in Rußland die Hauptquellen ihrer und ihrer finanziellen Existenz verfliegen lassen werden.

Viel gefährlicher sind die Gegner, die uns von der Hand des Reiches bedrohen, die bis zum Zusammenbruch in Preußen und damit im Reich im Besitz der tatsächlichen Macht und wertvoller Vorrechte waren und das begriffliche Bestreben haben, ihre privilegierte Stellung wieder zu gewinnen. Ich meine Großgrundbesitzer und Bureaucratie. Sie, die uns bis zum Zusammenbruch in einem nur scheinbar konstitutionellen

Dschelalabad, einen Oberst Sahib Ali Raja Chan, und verlangte ihm die Schlüssel an, ein Umstand, der später stark dazu beitrug, den Emir von Afghanistan zu werden. Die Ereignisse überließen sich nun. Schon am Morgen des nächsten Tages hatte der Bruder des Verstorbenen, Nafiz Allah Chan, in Dschelalabad das Kommando über die Truppen in die Hand genommen und sich zum Emir ausgerufen lassen, und zwar unter Uebergebung des eigentlichen Kommandos Nafiz Allah Chan. Nafiz lag zunächst im Haus, das er von seinem Bruder zu seinen. Die völlige Verwirrung der Lage kennzeichnete aber der Umstand, daß auch gegen einen anderen Bruder, den Bruder des Spah-Salar, der vorzeitig erhoben wurde, den Emir auszusprechen sollte, zu haben. Nafiz Allah sollte den Wunsch gehabt haben, die junge Frau des Saldars seinen Namen auszuführen.

Wie die Verhältnisse auch immer geloben haben mögen, zunächst wurde in Ketten gelegt, auf wen nur der geringste Verdacht fiel, u. a. familiäre Seldare der Mohmedis, so die beiden Brüder Jafar und Jusuf Chan und ihre fünfjährigen Söhne. Dies geschah auf den Befehl des Offiziers Nafiz Allah Chan am 27. Februar 1919. Man begründete den Schritt damit, daß den Seldaren der Spah des Herrschers anvertraut war und sie für seine persönliche Sicherheit verantwortlich gewesen wären, in erster Linie gerade der Kriegsminister Nafiz Chan. Diese Mohmedis waren Nachkommen des Emirs Sahir Ali Chan, der von seinen Brüdern Afzal und Afim und Afiaz Gohn, dem Emir Abdur Rahman, dem Vater der Ermordeten, zum Thron gesetzt worden war. Nafiz hätte sich damit nur eine der so häufigen Begebenheiten aus der Familiengeschichte des Königtums wiederholt. Von allen Herrschern des letzten Jahrhunderts ist wohl nur Abdur Rahman, allerdings gerade vielleicht der tatkräftigste, eines natürlichen Todes gestorben. Somit die Ereignisse in Dschelalabad.

Interdies war in Kabul ein neuer Thronkämpfer auf den Plan getreten. Es war der Prinz Aman Allah Chan, der durch einen Mordanschlag auf Dschelalabad Bericht über das dort Vorgefallene erhalten hatte. Zunächst lag er tief bedrückt, denn ihm er seinen Vorgesetzten aus der Scheibe und schwor auf die glatte Klinge, ihn nicht anzuführen, ehe sein Vater

gerührt sei. Die Ereignisse schienen ihn daran zu hindern, daß sein Oheim, mit dem er jahrelang personal engste befreundet war und dessen politische Ansichten eingehend teilte, zumindest eine gewisse Schuld an der Ermordung seines Vaters kannte, schwer, sie so Fall rächen zu wollen, und weigerte dem Oheim seine Anerkennung als Emir. Das Rätselraten über den geheimen Tod Sahib Allahs hatte auf es trat zurück hinter die schweren Spannungen mit der man den Kampf der Thronkämpfer erledigte. Wie die Dinge auch ausgehen mochten, ein jeder hätte sich von dem Oheim betroffen die Anhänger Sahib Allahs, weil sie keine der Kamille seiner Mutter, der berühmten Ula Khan, es nun blieb, sich zu ihm zu begeben, und die Gefährtin Sahib Allahs, weil sie auf einen Kampf mit einem nicht absteigenden Gegner geföhrt sein mußten. Die Parteien sich zunächst ziemlich gleich stark gegenüber. Nafiz Allah, die hohe Gesellschaft, die Grenzgebiete und die von Landvolks. Aman Allah Chan hingegen wurde die dem vollständigsten Prinzen abhängende Stadtrats zählen, und zwar namentlich die fürstlichstädtischen Familien, darunter die Geschlechter Afghanistan, und dem Kamille seiner Mutter, der berühmten Ula Khan, Nafiz Allah hatte den Vorrang, daß er mit den Oheim und dem Landvolk über die größere Kampfrüst der qualitativer in Dschelalabad 2000 Mann, auf die er waren Einfluß ausüben konnte. Aman Allah beschloß, sich auf die Stadtbevölkerung schneller sammeln zu lassen, ehe es zu spät war. Aman Allah hatte die 5000 Mann Karim neuen Bataillon, die in Kabul, deren Zweck für ihn ein Umstand, der je für die Stadt und der wichtigsten ist: er war in Kabul ein Staatsgast. Dies gab ihm die Möglichkeit, nun beiderseits einigenden Angeboten an die zu erkennen. Die Sabotageversuche gegen Aman Allah, die am 12. und 20. Februar. Der Prinz Aman Allah von Staatslosigkeit blieb, wie voranzugehen, bei dem freit Sieger.



# Sowjetrußland im arabischen Orient.

Von Dr. Artzuges Abeghian.

Nachdem Sowjetrußland schon früher mit der Türkei, zuletzt auch mit Persien Sicherheits- und Handelsverträge abgeschlossen hat — solche mit Afghanistan haben bevor — sucht es in aller erster Zeit, auch mit den Ländern des arabischen Orients wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Da nun einmal bei allen Unternehmungen der Sowjetführung das Wirtschaftliche von dem Politischen untrennbar ist, können auch schließlich ihre Anknüpfungen erster Natur ohne politische Auswirkungen bleiben. Da ferner im Unterschied von der Türkei, Persien und Afghanistan, die souveränen Staaten sind, die arabischen Länder Mandat- und Protekturatgebiete sind, und zwar sie alle mit Ausnahme Syriens dem Foreign Office unterstehen, ist es auch selbstverständlich, daß die Engländer das Auftreten der Russen in arabischen Orient mit einem gewissen Argwohn begleiten. Was nun alle wirtschaftlichen Absichten der Sowjetunion mit verfeindeten Ländern des Orients auszeichnet, ist die grundsätzliche Unterordnung derjenigen mit den Ländern des Abendlandes; eine bedeutende Einschränkung ihres Außenhandelsmonopols. Der russisch-orientalische Handel wird nämlich auf einer ziemlich freien Basis gestaltet, auch die Teilnahme orientalischer Privatkaufleute daran wird zugelassen; eine Neuorientierung sowjetrußischer Wirtschaftspolitik im Orient, die wir mit Recht als einen Orient-Neu Beginn bezeichnen können. Mit diesem selben Verfahren verfuhr ferner Sowjetrußland, auch mit dem arabischen Orient in Verbindung zu kommen.

Ägypten, Irak und Hejaz sind es vor allem, mit denen Sowjetrußland Handelsbeziehungen anknüpfen will. Die Sowjetpresse erörtert hierüber die arabishe Frage mit einem besonderen Interesse und zwar unter dem Gesichtswinkel russisch-irakischer Beziehungen. Es liegt ferner auch im Interesse des vor einiger Zeit gestroffenen russisch-amerikanischen Abkommens, daß die Standard Oil die Interessenvertretung des russischen Petroleums auf indischen und orientalischen Märkten übernehmen muß. Ägypten war schon vor dem Kriege einer der besten orientalischen Abnehmer des russischen Petroleums. Zwischen Baku und Alexandria verkehrten regelmäßig russische Schiffe, beladen mit Naphthaerzeugnissen. Nachdem nun das russische Erdöl den türkischen und andere orientalische Märkte lo zu wie nämlich erobert hat, versucht es nun, seine frühere Stellung an den Ägyptern wieder zu gewinnen, und zwar mit Hilfe der Amerikaner. Von Wichtigkeit ist es ferner, daß gegenwärtig russische Außenhandelsver-

der Sache. Die unentbehrliche Verständigung über die Einzelheiten wird dann am ehesten möglich sein, wenn keine anderen Interessen als die der Republik mit im Spiele sind.

(Der obenstehende Artikel ist eine Gabe Paters, des Ehrenvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, für das Jubiläumfest des „Nächster Tageblatts“, das dieser Tage sein 50jähriges Bestehen feierte.)

## Das Ende der Hohenzollern.

Ein Drama in Dokumenten.

Johannes Hofffeld veröffentlicht in der Deutschen Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte eine „Deutsche Reichsgeschichte in Dokumenten 1849-1926“. Einige Proben:

Beim Einzug in die neue Kaiserin am Kupfergraben in Berlin am 28. März 1901 hielt Wilhelm II. eine Ansprache, die damals beträchtliches Aufsehen erregte. In dieser Ansprache heißt es a. a.:

„Das Kaiser-Alexander-Regiment ist berufen, gemessen und als Leibwache Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn es gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. Und wenn jemals wieder in dieser Stadt eine Zeit wie damals kommen sollte, eine Zeit der Aufsehung gegen den König, dann, davon bin ich überzeugt, wird das Regiment Alexander alle Untunmögliche und Ungehörliche wider seinen königlichen Herrn nachdrücklich in die Schranken zurückverweisen.“

Berlin, 19. Januar 1904.

Signal von Admiral des Atlantik an den Admiral des Pazifik. Nachrichten aus zuverlässiger hiesiger Quelle sind eingegangen, daß die Gouverneure von Japan, Kal von Japan benachrichtigt worden seien, daß sie, da Krieg mit Rußland unabweislich sei, die Interessen des fremden Handels gegen Schaden zu schützen hätten. — Chinesisches Auswärtiges Amt hat allen Gouverneuren der Küstenprovinzen befohlen, streng darauf zu achten, Japanische Kolonie in Japan ist von der Heimat entfernt worden, mit Ausbruch des Krieges erst Ende dieses Monats zu reisen.

Billig, Admiral des Atlantik.

Bei einem Trinkspruch, den der Kaiser für die Provinz Ostpreußen im Königsberger Schloß am 25. August 1910 ausbrachte, sagte er: „Als Instrument des Herrn Mich betrachtend, ohne Rücksicht auf Tageszeiten und -meinungen, gehe Ich Meinen Weg, der einzig und allein der Wohlfahrt und friedlichen Entwicklung unseres Vaterlandes gedient ist.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sah sich daraufhin gezwungen, folgendes zu veröffentlichen: „Die Königsberger Rede Seiner Majestät des Kaisers und Königs hat in einem Teil der Kreise starken Protest hervorgerufen. In der Rede soll eine Verleumdung des Absolutismus, eine Geringschätzung des Volkes und der Volkserwerbstätigen enthalten sein. Demgegenüber stellen wir zunächst fest, daß die Rede kein Regimentsstück, sondern ein persönliches Bekenntnis des Monarchen war.“

Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone. Zugleich entbinde ich alle Beamten des Reiches und Preußens, sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preussischen Heeres und die Truppen der Bundeskontingente des Treueides, den sie mit als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben. Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reiches den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, Hungersnot und Fremdherrschaft zu schützen.

Urkundlich unter Unserer höchstehenden Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigne.  
Gegeben Amerongen, den 28. November 1918.  
gez.: Wilhelm.“

bert haben, können besser als die Mehrheit, die Kunst zu ergreifen und Reichen zu behandeln und auszunutzen. Ihre, daß die eigene Schuld der nachstehenden Schichten in Deutschland heute noch kaum angelegentlich gesellschaftlich eingeordnete Stellung führt ihnen immer wieder Anhänger zu den Kreisen des Unternehmertums zu, die nichts jähres wissen, als den erworbenen Reichtum durch geschäftliches Gedeihen seitens der „Anerkennung“ zu können. Ich ringen um ihre Borechte schon in den ersten Jahren der Republik die Form des Kampfes um die Wiederherstellung der Monarchie annehmen zu wollen. Je nachdrücklicher aber diese wird, umso mehr tritt zu Tage, daß sie in ihrer Mehrheit ohne eine Spur von Sentimentalität auch zufrieden sind, wenn sie nur die Macht merkwürdig der Republik in die Hand bekommen. Wie weit es in letzter Zeit auf diesem Wege schon gekommen sind, stellt am besten dar, daß Herr Hertig sich öffentlich äußern darf, die Spuren ihrer, bekanntlich einseitigen und absprechenden äußeren Politik seien schon im Völkerverbund zu finden, und daraus, daß sie es schon wagen zu können lächeln, im Bund mit dem Zentrum durch einen förmlich autorisierten Volksaufgebot auch den bestehenden Liberalismus in die Schranken zu fordern.

Der Kampf gegen sie ist aber bei gutem Willen und miger Einsicht nicht allzu schwer zu führen. Ihre wahre Kraft beruht heute doch nur noch auf den Wählerstimmen, die sie aufbringen. Drängt man sie bei den nächsten Wahlen auf eine Beobachtung zurück, daß sie auch mit dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei zusammen keine Regierungsmehrheit im Reichstag bilden können, so erfüllt es Interesse dieser beiden Parteien an ihnen und man ist sie ruhig ihrer weiteren Entwicklung überlassen. Wenn irgend einmal, hat es also das Volk diesmal in der Hand, sich mit dem Stimmzettel selbst zu schützen. Nur auf es einem so erfahrenen und klugen Gegner gegenüber, wie bei Zeiten aufstehen. Es ist keine Schwäche zu früh tun, wenn es mit der Vorbereitung für die in nächsten acht kommenden Reichstagswahl heute schon beginnt.

Diese Arbeit wird auch für andere Ziele verworfen. In immer noch sehr pessimistisch Veranlagte im Hinter- und das Geheiß des Austritts Baperns aus dem Reich. Diese Behauptung ist unbegründet. Bapern kann und wird, das weiß man dort so gut wie anderswo, seine wirtschaftliche Weidmacht werden, weil es wirtschaftlich aus seiner Kraft keine paar Monate zu leben vermöchte, überhaupt länger. Und vor der Rolle eines Landes der „Donaufürsten“, solesgen gar mit der Hauptstadt Wien für sich niemand so sehr, als eben die abgehenden bapernischen Kreise. Aber alle Quertreter werden in dem Augenblicke überhaupt zu Ende in dem Deutschland überhaupt überaus zu Ende in dem Reich tritt und die nicht auf diesem Boden stehende die aus der Regierung ausschließt. Nur die Unfähigkeit, die aus zwischen rechts und links schwebender Kraft entsteht, läßt überhaupt Sonderbestrebungen entstehen. Die Bildung einer sicheren republikanischen Mehrheit ist die darin liegende Arbeit wird aber auch höchst für sich auf die Lösung eines Streites einwirken, der uns Zeit mehr und mehr beschäftigt, des sogenannten reits um der Einheitlichkeit. Daß es im Verhältnis gegen den Reich und den Ländern nicht so bleiben in, wie es ist, sieht jedermann ein, daß die weitere Umwandlung der Einheit dienen muß, liegt in der Natur

**Parteisreunde,**  
**vergeht es nicht!**  
Werbet Mitglieder,  
sendet Werbeanzeigen ein.

**Englands chemische Industrie.**  
Die Entwicklung der chemischen Industrie in England verläuft nicht nur wegen der schon öfter erwähnten Ursache, eine ebenfalls ähnliche Herabzubildung zu schaffen, besonders kerelle, sondern vor allen Dingen auch deshalb, weil sie an der Kohlenproduktion selbst die Hauptstütze bilden. In großen Kohlenfeldern gewiesen ist. Sie ist während des letzten Jahr unter dem Kohlenmangel unmittelbar, vor allem aber mittelbar durch das Verlangen derjenigen Industrie, die ihre Produkte weiter verarbeiten. In demselben Maße, in dem sich nun diese Industriegruppen erholen konnten, haben sich auch die Ausfuhr der chemischen Industrie wieder verbessert. Sie hat, obwohl bei ihr der Kohlenverbrauch seit dem Jahr 1927 hinein nachwirkte, im Laufe letzten Jahres doch so weit gefunden können, daß sie ihre Produktionsleistung um 30 Prozent verringerte.

Der wichtigste Anstoß zu ihrer Wiederherstellung war die Wiedereröffnung der Kohlenproduktion, die hier wie überall zu den wichtigsten Abnehmern der chemischen Industrie gehört und wegen der Volkswirtschaft ihrer Produktion auch gute Möglichkeiten auf lange Sicht bietet. Eine außerordentlich wichtige Verarbeitung wird besonders durch die Produktion der Automobilindustrie gestiftet. Es handelt sich dabei um die im Anfrüh der Karosserien benötigten Lacke, die meistens aus Zellulose hergestellt werden und den älteren aus Emailen überlegen sind.

Ferner beginnt man jetzt, größere Anlagen zur Herstellung von Stickstoffdüngern aus atmosphärischem Stickstoff für Kohlenverfeinerung zu errichten, die die Wirtschaftlichkeit der jetzt schon vorhandenen chemischen Produktionsanlagen ganz erheblich erweitern. Eine weitere wichtige und entwicklungsfähige Gruppe bildet die Aldehydindustrie, die Kohlenverfeinerung allerdings noch schwach ist und die

deshalb bemüht ist, Staatshilfen zu erlangen und es scheint, daß sie dabei mit Rücksicht auf die Erhaltung des Absatzes ihrer Vorprodukte Erfolg haben wird.

Was allemal ergibt sich also, daß für die Neubelebung der chemischen Industrie in England in erster Linie der Inlandsmarkt maßgebend ist. Die Ausfuhr ist demgegenüber in den letzten Jahren ganz konstant geblieben. Wie der Economist mittelt, betrug der Ausfuhrwert der chemischen Erzeugnisse in den elf Monaten bis Ende November 346 674 240 Mark; in den Vergleichsmonaten von 1926: 412 029 000 Mark und 1925 444 968 680 Mark. Man muß dabei allerdings berücksichtigen, daß die Zwangslage des Marktes während des Kohlenstreits für das Jahr 1926 einen Vergleich mit vorher und nachher erschwert. Dazu kommt, daß das wichtigste Ausfuhrprodukt Ammoniumsulfat in den letzten Jahren einen erheblichen Preisfall durchgemacht hat. Um übrigens ist natürlich für die englische Ausfuhr die deutsche Konkurrenz von außerordentlicher Bedeutung. Der deutsche Export an chemischen Erzeugnissen ist ungefähr zweimal so groß wie der englische, jedoch die deutschen Produktionskosten für die Weltmarktpreise anschlaggebend sind, was von den teurer produzierenden Engländern naturgemäß unangenehm empfunden wird. Immerhin haben die Engländer bedeutende Absatzmärkte vor allen Dingen in Ostasien wiedergewonnen.

Von besonderem Interesse sind natürlich die Verhältnisse durch der englischen Farbstoffindustrie. Der Versuch, diese Industrie durch protektionistische Maßnahmen zu unterstützen, hat bisher noch keine sichtbaren Erfolge gezeigt. Das Farbstoffgeschäft besetzt jetzt 3 Jahre und hat nicht verdrängten können, daß in dieser Zeit die Tarifverhandlungen am weitesten gediehen ist, so, daß sogar etwas vergrößert hat. Dazu kommt, daß der Wert der eingefuhrten Farbstoffe sich so erhöht hat, daß dem Werte nach sogar eine Einfuhrsteigerung von 60,3 Prozent vorliegt.

**Stärkt die Demokratie!**

Wer dem Vaterlande nützen will,  
für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt,  
der reicht zur gemeinsamen Arbeit  
allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Aufnahme meldet sich:

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_  
Bemerkungen: \_\_\_\_\_

Ausgefüllt einzusenden an die  
**Deutsche Demokratische Partei**  
für den Bezirk Halle.

Weite Kreise in England erblicken hierin einen besonderen Anstoß zu einer Verständigung zwischen der englischen und der deutschen Farbstoffindustrie zu raten. Derartige Verhandlungen haben bekanntlich schon stattgefunden, ohne bisher zu einem Ergebnis zu kommen. Man glaubt aber, daß es möglich sein werde, zu ähnlichen Vereinbarungen zu kommen wie sie zwischen den deutschen und den französischen Produzenten schon bestehen.

Die Tatsache, daß die Produktionsfähigkeit der jetzt überhaupt vorhandenen chemischen Industrien sich ungefähr verdoppelt hat und daher ansehnlich der Schwäche der Absatzmärkte auf lange Zeit hinaus mit einer äußerst geringen Marktstabilität, besonders der englischen Werte gerechnet werden muß, macht den Wunsch nach einer solchen Verständigung zwecks internationaler Absatzregulierung verständlich.

Nicht besser scheint es in England der pharmazeutischen Industrie zu gehen. Sie hat fernerzeit Staatsbeihilfen erhalten, die unter der Voraussetzung gewährt wurden, daß fünf Jahre zu ihrer wirtschaftlichen Gesundung genügen würden, während sich jetzt herausgestellt hat, daß man mindestens mit weiteren 10 Jahren wird rechnen müssen. Dieser schon dagegen die Ausfuhr der Drogenindustrie, derer schon gerade vor wenigen Jahren die heftigsten Anstrengungen in der Richtung auf einen erheblichen Zollschutz machte, der allerdings fernerzeit abgelehnt wurde. Sie befreit in erster Linie den Inlandsmarkt, der sich im letzten Jahre aufnahmefähig gezeigt hat. Auch hier hat es natürlich Schwierigkeiten gegeben, die sogar dazu führten, daß einige Fabriken erschlossen werden mußten, dagegen haben einige Fabriken geschlossen, deren Produktion ganz erheblich zu erweitern. Da sich gleichzeitig auch der Import an fremden Drogenmitteln ganz erheblich erweitert hat, darf man annehmen, daß bei geöffneter Weltwirtschaft eine Erweiterung des Absatzes der englischen Erzeuger auf dem englischen Markt durchaus möglich ist, denn es handelt sich hierbei eben um einen aufnahmefähigen und erweiterungsfähigen Inlandsmarkt.



treten ein besonderes Interesse für die ägyptische Baumwolle an den Tag legen. Aufstands eigene Baumwolle deckt nämlich seinen Inlandbedarf nicht, und es ist auf diejenige Amerikas und orientalischer Länder angewiesen. Nach Berlin und der Türkei kommt jetzt in dieser Hinsicht Ägypten in Betracht. Jährlich erörtern die ägyptische Presse die Frage russisch-ägyptischer Handelsbeziehungen und findet deren Wiederaufnahme wünschenswert, zumal Ägypten auf neue Absatzmärkte seiner Hauptprodukte angewiesen ist. Die Ägypter stellen jedoch den Somajetfaulen die Bedingung, daß sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischen. Die Russen scheinen Jährlich willig zu sein, dieser Forderung zu entsprechen. Sie vor mehreren Wochen in Ägypten angetroffenen Handelsvertreter Somajetfaulen studieren nun den ägyptischen Baumwollmarkt. Sie sollen eine großzügige Einkaufsfaktion ägyptischer Baumwolle in Ägypten genommen haben. Sie haben auch schon diesbezüglich Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung und verschiedenen Großhandelsfirmen begonnen. Man hat nun in Ägypten die Hoffnung, den Russen ein Bündnis bis hin zum Somajetfaulen zu schließen. Die Russen sind für diesen Bündnis England nicht willkommen, und dieses wird auch alles tun, um die russische Konkurrenz an den Russen zu befechten. Die Ägypter selbst möchten jedoch den russischen Kunden nicht leicht entgehen.

Ferner haben in letzter Zeit auch die anderen arabischen Mandat- und Einflußgebiete Englands, Irak und Syrien die Aufmerksamkeit orientalischer Politiker und Bankiers Somajetfaulen auf sich gezogen. Wenn auch die Regierung des Irak, wie es mitgeteilt wurde, die — zwecks Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen dort eingetroffenen — russischen Vertreter ausgemien haben soll — wohl in Form des britischen Druckes —, so hat Ägyptens Versuch in Syrien einen unerwarteten Erfolg gezeitigt. Ägypten hatte Moskau noch vor drei Jahren, als nämlich Hussein noch auf dem Königs-throne saß, Agenten nach der Sechshäufigkeit geschickt, ebenso Hussein eine Sondergesandtschaft nach Moskau, um die Somajetregierung in seinem Kampfe gegen Ibn Saud um Hilfe zu ersuchen. Kaum war jedoch diese in Moskau erschienen, als die Wahabiten Ibn Saud Hussein töteten und ihn verjagten. Nun macht Somajetregierung neue Schritte, um mit dem Machtbereich des Wahabitenführers wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen.

Auf Initiative der Moskauer „Orientalischen Handelskammer“ wurde im Sommer 1927 eine Handelsexpedition nach Syrien und den anderen Küstengebieten des Roten Meeres geschickt, um dort Somajetwaren abzusetzen und die Märkte der Halbinsel Arabien zu studieren.

Die Ankunft der Somajethandelsleute in Dschidda, der Hafenstadt Mekkas, soll in der arabischen Handelswelt geradezu eine wie es heißt, „alamierende Wirkung“ gehabt haben. Man habe unter der Bevölkerung aus Konturreizung gegen die russische Botschaft eine „nicht mohammedanische“ agitiert. Trotzdem habe der Erfolg nicht auf sich warten lassen. Nicht nur Mekka und Medina, sondern auch Erzurum, das italienisch-arabischen Küstengebiet Jemen, sogar Wien und andere arabisch beherrschte Gebiete haben ein gewisses Interesse für somajetische Waren an den Tag gelegt. Sogar aus Bakuffa hätten für russische Somajetwaren Nachfragen vorgelegen. Das italienisch-ägyptische Handelsunternehmen beschäftigt nun künftig für das eigene Gebiet unmittelbar selbst in Arabien Verkaufsmöglichkeiten zu schaffen.

Zusammenfassend wird in nächster Zeit zweifelsohne der Nahe Orient — nachdem nämlich die chinesische Politik Somajetfaulen eine schwere Niederlage erlitten hat, — die Schau-bühne darstellen, wo Rußland und England zusammenstoßen werden. Denn schwerlich wird England dem allmählichen, wenn auch ungleich nur wirtschaftlichen Eindringen seines alten Rivalen in die Gebiete britischer Einflußsphäre ruhig zusehen.

### Die Witinger als Putschisten.

**Manfred von Killinger berichtet . . .**

Nachdem infolge der energischen Maßnahmen Preußens kaum Aussicht besteht, daß der Witingbund sich noch einmal an Putschabenteuern beteiligen kann, und nachdem die verschiedenen Annahmen den Putschisten der vergangenen Jahre Straffreiheit gegeben haben, scheint für die Beteiligten die Zeit gekommen zu sein, jetzt von ihren sogenannten Heldentaten zu erzählen. Parteiführer Manfred von Killinger, der überall dabei war, wo es etwas zu putzen galt, hat nunmehr ein Buch erscheinen lassen, das den „geschmackvollen“ Titel trägt: „Erstes und Letztes aus dem Putschleben“. Aus diesem Buch, in dem das Landeshauptmann verfloßener Jahre geehrt wird, geht ungewöhnlich hervor, daß die Witinger sich noch heute als Vetter des Vaterlandes fühlen. Es zeigt aber auch, daß die Behörden in der Nachkriegszeit es allzu häufig an energischen Maßnahmen haben fehlen lassen. So erzählt Killinger u. a. die Geschichte von drei Millionen Mann, die sein Freikorps sich im Jahre 1919 „beforgt“ hat, die aber merkwürdigerweise nachher nicht mehr zurückgefordert wurden und über die auch keine Abrechnung verlangt wurde. Killinger schreibt darüber: „Wir lösten das Freikorps auf. Das Gestohene war zu Ende. Es war in diesem glorreichen Revolutionsjahr wohl verpönt worden, daß es auf drei Millionen auch nicht mehr ankam. Man machte also einen biden Strich darunter — und wir waren glückliche Besitzer von drei Millionen, die uns kein Rechnungsbuch mißgönnte. Aber ein ganz gutgebendeter Brigadegeneralmeister konnte das Maul nicht halten, und die Kiste kam raus. Wir besetzten schnell das Geld, unsern braven Männern, die abgingen, eine anständige Treuprämie mit auf den Weg zu geben. Au bade, wenn der Jahmeister nicht genauheit hätte und mir die Millionen zum Aufbau des Witingbundes hätten aufsparen können! Das wäre Sade gewesen! Junge, Junge, was hätte der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu tun bekommen!“

In ähnlichen Killingerstil und Killingergeist sind auch die übrigen Geschichten dieses Putschbüchchens geschrieben, in dem übrigens auch der Rathenowmörder Fern eine Rolle spielt. Von Kapp-Putsch und gestog, daß er das nationale Deutschland wieder auferweckt habe.

Charakteristisch ist auch, was Killinger über Ludendorff und den Kapp-Putsch erzählt. „An der Ede des Tiergärtners liegt mein Freund Rauter mit seiner Kompanie. Ein großer Zivilist tritt auf uns zu. „Ja, was ist hier los?“ Wir erkennen Ludendorff. „Wir bleiben Berlin“, sage ich. „Gut, denn man los dafür.“ folgt er. Während Ludendorff zugegeben hat, daß er als „harmloser Spaziergänger“ am 13. März in der Gegend des Brandenburger Tors gewesen sei, hat er vor dem Reichsgericht als Zeuge nichts davon erzählt, daß er später auch in der Reichsstatel eine Rolle gehalten hat. Killinger berichtet über diese Führerverammlung: „Nächtiger Soldatenrat in überster Form. Wir taunnen! Ist denn lo et was überhaupt möglich? Ludendorff erscheint. Impontierend spricht er, noch einmal richtet er den Appell an seine früheren Offiziere, die er im Felde geführt. Er begegnet nur gleichgültigen Gesichtern. Er verschwindet.“

Dies aber ist das schöne Bild, das die Putschisten späterhin sangen und das bezeichnend für ihre geistige Verfassung ist.

„Warum denn weinen,  
Wenn ein Putsch zu Ende geht,  
Da schon der nächste  
Wieder in Erwartung steht.  
Man sagt: Auf Weidwieseln  
Und denkt sich heimlich bloß:  
In diezigen Tagen  
Geht ja schon der neue los.“

Nicht weniger interessant ist auch, was Killinger von der „Republik der Polizeiernehmer“ erzählt, jener Gesellschaft, bei der mit besonderer Hilfe alle Putschisten eine Unterart fanden und über die der Polizeiernehmer Köpfer eine besondere Gültigkeit breiteten. Von der Befreiung Schaffhards erzählt Killinger ebenso mit geschwollener Brust, wie von den verschiedenen Waffenschließungen, an denen er beteiligt war. Charakteristisch ist vor allem der Zynismus der Putschisten, die sich heute noch wunder was darauf einbilden, daß es ihnen gelungen ist, das deutsche Volk jahrelang in Aufregung und Unruhe zu versetzen.

### Parteinachrichten.

#### Neujahrswunsch von Dr. Schreiber, Preußischer Staatsminister für Handel und Gewerbe an die Beamten.

Das alte Jahr hat bei seinem Scheiden der deutschen Beamtenschaft die notwendige Neuregelung ihrer Bezüge gebracht. Ich wünsche der deutschen Beamtenschaft, daß sie im neuen Jahr diese Neuordnung materiell und ideell froh werde. Materieell dadurch, daß sich unsere deutsche Wirtschaft in stetiger Entwicklung immer mehr kräftigt und in den Stand gesetzt wird, die Verdienste mit allem Können zu befriedigen zu vermag, die ihnen eine allmähliche Hebung ihres Lebensstandes ermöglicht. Ideell dadurch, daß die unrichtige Beurteilung der beiderseitigen Lebensnotwendigkeiten und der Bedeutung der Leistungen des anderen für andere Vorkommnisse, wie sie zwischen der Beamtenschaft und anderen Volksschichten nicht selten zu beobachten sind, immer mehr einem gegenseitigen Verstehen und Einander-gerech-werden dienlich werden. In den letzten Jahren haben die Teile des deutschen Volkes, die im freien Erwerb-leben stehen, oft genug erkennen können, wie wichtig für den Bestand des Staates und die Entwicklung der Wirtschaft ein zurückendes und gungswilliges Beamtentum ist. Umgekehrt können der Beamtenschaft die schweren Sorgen nicht verborgen geblieben sein, mit denen die deutsche Wirtschaft und namentlich der Mittelstand in Stadt und Land zu ringen hat.

Die Beamten tragen das Staatswesen, das alle umfaßt, unmittelbar; deshalb ist es besonders wichtig, daß sie die Staatsform bejahen und in allen ihren Gruppen zu ihr ein inneres Verhältnis gewinnen. Der Beamte soll stolz sein auf den Staat, auf die Republik, der er dient. Ich wünsche der deutschen Beamtenschaft, daß im Zukunft bei keinem ihrer Glieder mehr das Gefühl aufkommen kann, daß eine offene Stellungnahme für demokratische Republik unangebracht sei, daß sie unzulänglich Unbequemlichkeiten und Zurücksetzungen nach sich ziehen könnte.

Wir müssen in Deutschland dahin kommen, daß der alte Kastengeist, der die Beamtenschaft vielfach schied und die notwendigste Unterordnungsvorbereitung zur gesellschaftlichen Arbeit erweiterte, mehr und mehr überwinden wird und dem Gedanken eines kameradschaftlichen Mitarbeiterverhältnisses weicht. Demokratische Gestaltung muß im Vordergrund und im Untergeordneten Lande wie in dem Anfangs anderer politischer und wirtschaftlicher Meinungen vor allem den Volksgenossen und den Staatsbürger stehen. Das ist die Aufgabe, die allein unserer Staatsform entspricht und unserer würdig ist, sich in der Beamtenschaft immer allgemeiner durchsetzen möge, auch das wünsche ich für das Jahr 1928.

### Bildfunk . . .

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim / wie heute ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat steht, der durch drahtlose Bild-Übertragung erst die technische Verbindung des Rundfunks bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt die (deutsch verständlich) die größte Funkzeitschrift Der Deutsche Rundfunk, der überdies allwöchentlich familiäre ausführende Programme aller in- und ausländischen Sender bringt. Einzelheft 50 Pf. / Monatsheft DM 2. / Man bestellst am besten beim Postamt oder bei Buchhandlung. — Probeheft gratis anfordern. Verlag, Berlin 10 24

**Halle.** Landtagsabgeordneter, Polizei-Oberleutnant, Rade-Berlin spricht am Montag, den 16. Januar, über „Wichtige Fragen der preußischen Polizei“. Zu dem Vortrage ergeben nur für Angehörige des betreffenden Berufs besondere Einladungen.

**Halle.** Der Gesamtverband des Vereins der D. P. wird am Donnerstag, den 19. Januar, zu einer Sitzung zusammengetreten. Hierzu ergeben sich unter Befahrung der Tagesordnung besondere Einladungen.

**Merseburg.** Am Sonntag, den 8. Januar, hielt der Kreisverein einen sehr gut besuchten Kreisparteiabend ab. Der Vorsitzende, Dr. K. Dornblüth, begrüßte die Anwesenden und knüpfte daran eine trotz ihrer knappen Form sehr überflüssig gehaltene und eindrucksvolle Schilderung der zur Zeit vorliegenden politischen und wirtschaftlichen Lage. Es folgten Vorträge von Herr Cornelius über „Die bevorstehenden Kommunalwahlen“ und von Herrn Kenter über „Die Reichs- und Landtagswahlen“. Herr Dornblüth sprach über „Organisation“. Die Aussprache über die Ausfällung der Redner war sehr lebhaft und anregend. Zur Klärung der Kandidatenfrage wurde eine Entschließung angenommen.

**Merseburg.** Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, in Müllers Hotel Lichtbilder-Vortrag über die mitteldeutsche Frage. Als Vortragender konnte erfreuendweise Herr Landesbauinspektor Dr. Hübner gewonnen werden. Die Vertung der Merseburger Ortsgruppe bittet auch die Parteifreunde aus der näheren Umgebung (Frauen und Männer) um ihren Besuch bei dieser wichtigen Veranstaltung. Mit Recht hält die Ortsgruppenleitung den Besuch für eine Pflicht und sagt diese an die Worte: „Niemand darf nun uns fehlen, wenn ein Führer der Demokraten spricht“.

**Neuba.** Im Laufe dieses Monats wird eine Verammlung stattfinden, in der Herr Dornblüth über „Kultur und Wirtschaft“ sprechen wird. Die Bekanntgabe des Veranlassungsorgans erfolgt noch.

**Sangerhausen.** Am 6. Januar fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, zu der auch Parteifreunde aus Neuba erschienen waren. Der Geschäftsführer des Wahlvereins, Dornblüth, gab einen Überblick über die politische Lage und Auffklärung über den Aufbau der Organisation. In den nächsten Wochen wird ein Kreisparteiabend und im Anschluß daran eine öffentliche Verammlung folgen.

**Holzweiler.** Am Samstag, den 21. Januar, spricht Herr Kenter in einer öffentlichen Verammlung über die politische Lage.

### Landwirtschaftliche Woche in Halle (S.) vom 23. bis 26. Januar 1928.

**Montag, den 23. Januar:**  
Nachmittags 3 Uhr: Vertreterversammlung des Verbandes landwirtschaftlicher Hausbauernvereine der Provinz Sachsen im großen Sitzungssaal der Landwirtschaftskammer.

**Vorträge:** 1. Vogelweil und Vogelhaus. 2. Vogelwart Keller, Halle (Saale).  
2. „Der Kaderarbeitsertrag auf dem Lande.“ Frau Konretorin Seif, Halle (Saale). (Die ausführliche Tagesordnung wird in der „Landhausfrau“ bekanntgegeben.)

**Dienstag, den 24. Januar:**  
Vormittags 10 Uhr: Gemeinsame Tagung des Verbandes landwirtschaftlicher Hausbauernvereine und des Landwirtschaftlichen Hauptvereins der Provinz Sachsen.

**Vorträge:** 1. Lage und Aufgabe der Landwirtschaft. Dr. Brandes, Präsident der prov. Hauptlandbau-Kammer und des Deutschen Bauern-Paks.  
2. Die Geflügelzucht und Geflügelhaltung im landwirtschaftlichen Betriebe als Erwerbszweig. Ritter, Besitzer Dr. von Burgsdorff-Grath.  
Abends 8 Uhr: Geistesige Beisammeln der zur landwirtschaftlichen Woche herbeizunehmenden Damen und Herren im großen Sitzungssaal der Landwirtschaftskammer. Lichtbilder-Vortrag: „Die Schönheiten im ländlichen Garten.“ Diplomgartenbauinspektor Steinmann, Freyburg (Unstr.).

**Vortragssplan für praktische Landwirte.**

**Mittwoch, den 25. Januar:**  
9 Uhr vorm.: Eröffnung.  
9.10—10.10 Uhr: „Rübendattonfenerierung.“ Direktor Gille, Jeli.  
10.20—11.20 Uhr: „Wichtige Vahenwendungen sind aus den beiden letzten Jahren für Feldbebauung und Ernte zu ziehen.“ Vizepräsident Blum, Jeli, Schlambach.  
11.50—12.50 Uhr: „Die Wirtschaft des Landwobens im Kampfe um ihr Bestehen.“ Rittergutsbesitzer Schaefer, Rehmer.  
3 Uhr nachm.: Vortellung im Stadttheater: „Der Jaremisch.“ Operette von Franz Debat.  
Donnerstag, den 26. Januar.  
8.45—9.45 Uhr vorm.: „Wichtige Fragen des Gartenbaues in der Provinz Sachsen.“ Landwirtschafts-rat Dr. Habne, Halle.  
9.50—10.50 Uhr: „Neuere Maschinen zur Befähigung der Saaterei.“ Mit Vortragend. Professor Dr. Martin, Halle (Saale).  
11.20—12.20 Uhr: Die Zahl und Haltung von Schafstvieh unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse auf dem Vieh- und Fleischmarkt. Mit Lichtbildern. Doktormeister Kellner, Berlin.  
12.30—1.45 Uhr: „Die Befähigung der Unfallsicherheit bei Kindern.“ Mit Lichtbildern. Abteilungsleiter Dr. Kaumann, Halle.  
Fahrgewinn findet vom 24. bis 28. Januar eine Vortragsausstellung der Landwirtschaftskammer im Neumarkt-Schulhaus Halle 41, statt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: F. Dornblüth, Halle a. S. Druck und Verlag: Hugo Meyers, Dessau.

**amol-Gicht-Watte**  
bei Rheuma Gicht Ischias Hexenschuss  
Erkältungskopfschmerz  
**libewahrt**  
in Apotheken und Drogerien erhältlich.



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Streichs, höhere Gewalt und Betriebsführung verbinden den Vertrag von der Fassung für Vorbereitung und Einleitung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die halbjährliche Ausgabe 10 Mark. —  
Einzelpreis: 20 Pfennig. —  
Anzeigenpreis: 10 Pfennig. —  
Druck: Druckerei des Verlegers, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 2 Halle (S.) 14. Januar 1928 4. Jahrgang

## Parlamentsbeginn

Während die ersten Tage des neuen Jahres fast ergeben in das Land gehen sind, fest jetzt der politische mit äußerster Entschiedenheit ein. Die großen Prominenten innerparlamentarischen Lebens stehen zur Entscheidung, wobei man mit schmerzlichen Bedauern feststellen muß, daß sie in der breiten Öffentlichkeit nicht die Anteilnahme, die ihrer Bedeutung entsprechen würde. Und um weit mehr, als um die üblichen gesetzgeberischen. Das gilt schon von den nächsten Wochen befristet, der auf lange hinaus über die Entwicklung der Dinge zu denken, daß zu keiner Vorbereitung nahezu dreißig erforderlich waren, um sich allein zu sagen, daß ein Gesetz die Entscheidung über deutsche Justiz-Menschenleben hinaus fällt. Wir selbst haben unsere Auffassung dahin zusammengefaßt, daß wir es für unglücklich halten würden, wenn diese Aufgabe dem fünfzehntägigen Vorparlament überlassen würde, dessen Zuständigkeit vorläufiglich festzulegen nicht sein wird, als jetzt dem Ende gewöhnlichen Parlaments. Vor allem durch die Not, die sich ergibt, Überlegungen, die nicht so bald wieder auf der Tagesordnung stehen, eine Kritik aber auch auf die beiden anderen zur Durchführung bringenden Fragen zu, auf das Reichsjahresgesetz Verwaltungsreform.

## Das Schlußgesetz

Die ersten Tage werden sich den Führern der Regierung Verhandlungen verschließen, an denen natürlich der Reichsjustizminister Dr. v. Stuppel beteiligt ist. Es ist sich doch um eine Vorlage, für die er Verantwortung übernehmen hat, auch wenn man wohl ist, daß sie ihm von seinen Vertrauensräten diktiert ist. Wie sich im einzelnen die Verhandlungen abspielen, wissen wir als Fernlesende nicht. Der Einsatz in der Presse der Koalition widerspiegelt, ist kein einseitiger. Wünsche und Hoffnungen spielen eine große Rolle. Wir hoffen es durchaus, daß diese Kreise nach Möglichkeit befreit ist, einen Optimismus zur Schau zu tragen, dem schließlich von dem Ergebnis das Schicksal der Regierung abhängt. Ein Scheitern würde Sprengung bedeuten, dann auch die Auflösung des Reichstages sofort würde, dann zweifelt es nicht. Da der Reichsjustizminister aber nicht will, daß die Verhandlungen erliegen, wird in diesem Falle das Kabinett voranschreiten, die weitere Führung, bis diese wichtige Arbeit des Reichstages ist. Ueber den Gang der Verhandlungen sind mangelhaft unterrichtet. Das ist natürlich, denn man sieht nach außen hin den Eindruck zu erwecken, daß es nicht, und von ihren Forderungen nichts abhängt. Soweit wir die Tage überblicken können, ist es zwei Eckpunkte, nachdem die Deutsche Volkspartei die Abstimmung in der Kommission im 3. und 4. der geregelten Schulbetrieb ihren Willen durchzusetzen. Das eine ist die Frage der Simultanschulen und dessen, die ja nach der Verfassung besondere Rechte. Umfragen wird die Frist. Der Entwurf 5 Jahre vor, was die Volkspartei für nicht erachtet. Nach unserer Meinung gilt die Verantwortung für alle Zeiten. Jeder Versuch müßte vor dem Reichstag angehen. Das andere ist die Frage der Simultanschulen. Das andere ist die Frage der Simultanschulen. Das andere ist die Frage der Simultanschulen.

## Reich und Länder

Antiferiens am 16. Januar sehen wir ohne Erwartung entgegen. Die Haltung des Zentrums ist natürlich geworden, daß man keine Sonderfragen haben darf. Das Beste, was erreicht werden kann, ist die Lösung des Problems um die Weiterbringen. Bisherige kommt man auch im Hinblick auf den Austausch der Entlasten herbeizuführen. Das eine ist die Frage der Simultanschulen und dessen, die ja nach der Verfassung besondere Rechte. Umfragen wird die Frist. Der Entwurf 5 Jahre vor, was die Volkspartei für nicht erachtet. Nach unserer Meinung gilt die Verantwortung für alle Zeiten. Jeder Versuch müßte vor dem Reichstag angehen. Das andere ist die Frage der Simultanschulen. Das andere ist die Frage der Simultanschulen.

Ergebnis kommen, daß es besser wäre, wenn jetzt eine neue Beratung einträte, als wenn etwa eine Arbeit geleistet wird, die einer großzügigen Regelung den Weg versperrt.

## Luthers Gründung

Es hat ein wenig überbracht, daß der ehemalige Reichszentralrat mit einem Aufbruch, der das Verhältnis zwischen Reich und Ländern behandelt. Seiner Persönlichkeit, die auch immer von uns als weit über Durchschnitt anerkannt wurde, ist es gelungen, die besten Namen für diese Gründung zu gewinnen. Aus allen Lagern hat er Anhänger gewonnen. Von Demokraten seien nur Dr. Hummel und Dr. Wieland erwähnt. Vom Zentrum der Landeshaupmann Sorion und der Köfner Oberbürgermeister Wenaue, von der Sozialdemokratie der Magdeburger Oberbürgermeister Weims und Roske. Von den Deutschen Freiheitler von Gopl. Dazu eine Reihe von Führern der Wirtschaft. Das ist immerhin schon etwas Bedeutendes, das man sofort sagen, daß sich das Programm nicht gerade durch Klarheit auszeichnet. Es ist absichtlich etwas vage gehalten, um die Zustimmung von rechts und links zu ermöglichen. Es würde an sich nichts schaden, denn schließlich ist eine Reform im Reichstage auch nur dann durchzuführen, wenn keine Partei sich von vornherein ausschließt. Wichtig erscheint uns die Übernahme der gesamten Finanzverwaltung auf das Reich, also ein Gehalt, den der Reichstag vertreten hat und den auch Dr. Reichold vertritt hat, in die Praxis zu überführen. Über gerade das ruft die Opposition im Süden hervor, denn man erkennt dort, daß damit der Eigenhaftigkeit das Maß gebrochen würde. Ein Fortschritt ist das Programm zweifellos, nur muß es fraglich erscheinen, ob es Zweck hat, wenn jetzt von den Organisationen her Forderungen gemacht werden, die in ihrer Überfülle bedenklich sind und erst recht Bewunderung hervorrufen. Dr. Luthers dabei persönliche Zwecke verfolgt, wie ihm seine Gegner nachsehen, kann uns gleichgültig sein. Was unser Bedenken hervorruft, ist lediglich die Tatsache, daß die Deutschen nationalien sich offiziell so lebhaft dafür einsetzen.

## Amerika gegen Genf

Der Notenwechsel zwischen Paris und Washington hat sich allmählich zu einer grundsätzlichen Erörterung entwickelt, die alle Staaten der Erde angeht. Aus uns. Briand hatte ursprünglich einen Plan vorgelegt, der im Grunde nichts anderes bedeutete als einen Freundschaftsvertrag zwischen Frankreich und Amerika, der seinem Vaterlande im Falle eines europäischen Krieges die Neutralität der Vereinigten Staaten sichern sollte. Was ihm seine Gegner in der Hand seiner Nachfolger benutzt werden würde. Die Hegemoniebestrebungen sind nach sehr hart. Das hat man auch im Weißen Haus erkannt und mit einem Gegenentwurf beantwortet. Kellogg wollte statt dieses Vorfalles einen allgemeinen, an dem sämtliche Großmächte beteiligt sind, also genau das Gegenteil. Außerdem ist die Frage des Angriffs strittig, die Frankreich herausnehmen möchte, Amerika aber befehligt gerade darauf, weil es mit Recht sagt, es sei in den wenigsten Fällen selbstlos, wer den Angriff unternommen habe. Aus dem sehr vorsichtig gehaltenen Notenwechsel würde man wahrscheinlich den Kern ganz nicht herausziehen können, wenn nicht die dem Staatssekretär nachsehende Washington Post den nötigen Kommentar liefern würde. Sie weist einmal auf die vielen Bundesgenossen Frankreichs hin. Paris sei auch bei größter Friedensliebe immer in der Gefahr, für einen anderen das Schwert zu schärfen zu müssen. Das bedeute aber auch, das es den Handel der Gegner seiner Freunde lahmlegen müsse. Was dabei darin aber sind die Vereinigten Staaten außerordentlich empfindlich, wie sich ja auch im Weltkrieg herausgestellt hat. Noch wichtiger scheint uns die Bemerkung, daß keine Macht, die dem Völkerbund angehört, diesen Pakt unterzeichnen kann, weil die Bestimmungen dieser Institution den Krieg ausdrücklich als letzte Möglichkeit zulassen.

## Völkerbund und Krieg

Es schadet gar nichts, daß diese Frage einmal aufgeworfen worden ist. Der Völkerbund hat tatsächlich geschaffen werden und auf Europa angewendet auch schon einen Einbruch. Daran läßt sich nicht zitteln. Er verzweifelt den Krieg, aber er trifft sich nicht zitteln. Er verzweifelt, daß er doch durch Vertragsbruch eintritt. Namentlich bedenklich ist das Durchzugsrecht im Artikel 16, um das ja in Dvornik lebensfähig gelangt wurde. Man hätte ihn schließlich auf deutschen Wunsch und mit Rücksicht darauf, daß wir waffenlos sind, für unseren Einzelfall abgeben, aber an sich befehlt, er in voller Schärfe. Es ist natürlich richtig, daß man in Genf auch mit einem Vertragsbruch eines Mitgliedes rechnen muß und ebenso mit dem Fall, daß eine außenstehende Macht zum Krieg gegen ein Mitglied des Bundes schreitet. Wie Amerika darüber denkt, wissen wir nicht.

Es hat für sich die Folgerungen daraus gezogen und ist dem Bunde ferngeblieben, weil es sich solchen Möglichkeiten nicht aussetzen will. Nur müßte es die Frage beantworten, was dann die anderen tun sollen. Auch sein Pakt genügt keine Sicherheit dagegen, daß nicht doch irgendwo zum Schwert gegriffen wird. Wir kennen allerdings einen Ausweg, der offenbar in Washington als geeignet betrachtet wird: der wirtschaftliche und finanzielle Boykott. Wenn sich die Wirtschaftsländer der Erde, auf erster Linie Amerika selbst und England mit seinen Kolonien daran beteiligen, so wird vermutlich jeder Gegner auf die Knie gezwungen werden. Bisher ist Ausland angenommen, das zwar heute noch unentwickelt ist, aber früher oder später einmal bei Ausbruch seiner Technik durchaus in der Lage wäre, alles Notwendige im eigenen Lande zu beschaffen. Erst wenn es gelungen ist, auch diese Frage zu klären, können wir an das eigentliche Problem herantreten. Dann aber muß der Völkerbund seine Bestimmungen ändern.

## Stalins Sieg

Die russische Regierung hat zu dem entscheidenden Schloß ausgeholt und die Opposition vernichtet. Die Führer Trotzki, Katowski, Sinowjew, Kamenev und viele andere sind in die Verbannung geschickt worden. Sie waren die einzige Gefahr für den Bestand der gegenwärtigen Regierung. Das ist die sogenannte weiße Armee, die die alten Monarchisten, irgendwie eine Bedrohung der Sowjets darstellen, ist natürlich lächerlich, auch wenn man mit ganz überflüssiger Brutalität gelegentlich Massenmordtaten vollzieht. Sie sind bedeutungslos. Bedrohlich war nur die Opposition der Unten. Bedrohlich auch für die Entwicklung Russlands, denn diese Anfänger der unversöhnlichen bolschewistischen Lehre haben immer wieder den Gang der Ereignisse verändert. Sie sind die Hauptkräfte für die vielen Verordnungen mit dem Auslande, namentlich mit England. Ihr Programm, nämlich die Internationalisierung des Bodens, hätte die Bauern, denen es schließlich genug geht, zum Verstoßungsstand gebracht. Das wollte gerade Stalin vermeiden. Er ist jetzt Herr der Lage und kann zeigen, was er leidet, wenn er durch seine Gegner gehemmt ist. Jubel verdrängen darf man sich natürlich nicht, dazu ist Russland noch zu weit zurückgefallen, aber die Niederlage Trotzki kann ein Schritt vorwärts sein. Stalin hat jetzt die Möglichkeit, das Handelsmonopol abzubauen, die Wirtschaft zu beleben, die Bevölkerung zu ernähren. Er kann zeigen, was er leidet, wenn er durch seine Gegner gehemmt ist. Jubel verdrängen darf man sich natürlich nicht, dazu ist Russland noch zu weit zurückgefallen, aber die Niederlage Trotzki kann ein Schritt vorwärts sein. Stalin hat jetzt die Möglichkeit, das Handelsmonopol abzubauen, die Wirtschaft zu beleben, die Bevölkerung zu ernähren.

colorchecker CLASSIC

Deutscher Meister

Das ist ein Foto eines Farbkorrektureits (ColorChecker) mit einer Skala von 24 verschiedenen Farbtönen. Darunter ist ein Teil eines Textdokuments zu sehen, das den Namen 'Deutscher Meister' enthält. Die Seite ist als 'Antiferiens am 16. Januar' beschriftet und enthält eine ausführliche politische Analyse der deutschen Situation zu Beginn des Jahres 1928, insbesondere die Verhandlungen zwischen dem Reich und den Ländern sowie die Haltung der verschiedenen Parteien.